

Gemeinsam wirtschaften! Gemeinsam aufteilen!

Europa liegt fest in der Hand der Wirtschaftskrise und die daraus resultierende Sozialkrise beunruhigt immer mehr die Bürger. Auch wenn einige Länder stärker betroffen sind als Luxemburg, machen wir Jungsozialisten uns Sorgen um die Zukunft unseres Landes. Die Austeritätspolitik die heute in vielen europäischen Ländern praktiziert und von den EU-Gipfeln unterstützt wird, riskiert die Krise noch weiter zu verschärfen. Die Kaufkraft der Bürger wird unter dem Vorwand von internationaler Wettbewerbsfähigkeit immer mehr untergraben.

Wir Jungsozialisten sind der Meinung, dass es heute gilt eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, welche die Kaufkraft der unteren und mittleren sozialen Schichten unserer Gesellschaft erhält und stärkt. Wir fordern eine Politik die den Sozialstaat und unser Sozialmodell langfristig absichert. Die Jusos bekennen sich zum luxemburgischen Sozialmodell und setzen auf den Dialog zwischen allen Sozialpartnern um Kompromisslösungen zu finden.

Die Jusos bekennen sich zum Indexmechanismus, der die automatische Lohnanpassung an die Inflation garantiert. Jedoch gilt es heute die Zwänge, die durch die ausländische Konkurrenz auf den luxemburgischen Betrieben liegen zu beachten. Besonders in Krisenzeiten gilt es Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Die Betriebe sind verpflichtet sich für die Ausbildung ihrer Mitarbeiter zu engagieren und ihre Gewinne in die Löhne und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu investieren.

Für uns Jungsozialisten muss sich Arbeit lohnen und dem Arbeitnehmer erlauben von seinem Lohn sein Leben eigenständig zu finanzieren. In diesem Zusammenhang gilt es insbesondere dafür zu sorgen, dass der Zugang zum eigenen Heim vereinfacht wird. Mietzuschüsse, die Einführung des Mietkaufes und eine verstärkte Kontrolle der Mieten sind komplementär zum Ausbau der staatlichen und gemeindeeigenen Mietwohnungen. Die Jusos fordern die Regierung auf, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu einer der ersten Prioritäten zu erklären!

Die JSL widersetzen sich dem Diktat der Bankenlobby und der Finanzmärkte und fordern, dass diese strengeren Regeln unterworfen werden, im Interesse der Investitionen in die Realwirtschaft. Eine europäische Transaktionssteuer muss schnellstmöglich eingeführt werden, wobei auch die Politik verpflichtet ist, die spekulativen Märkte transparenter zu gestalten und konsequenter zu regulieren. Es darf nicht sein, dass in Europa insgesamt nur eine Handvoll Banken fast den gesamten Finanzmarkt kontrollieren und sich somit ihre Vormachtstellung gegenüber der Politik sichern. Es darf keine Parallelwirtschaft entstehen, die sich verselbständigt und enorme Risiken für die Weltwirtschaft eingeht.

Die JSL unterstützen mit Nachdruck die Einführung von Eurobonds, die einen Teil der nationalen Schulden der EU-Staaten für die gesamte Euro-Zone verallgemeinern und somit die europäische Solidarität stärken.

Die JSL widersetzen sich einer größeren Flexibilisierung der Arbeitsverträge und plädieren für den Erhalt des unbefristeten Arbeitsvertrages als Regel. Die Präkarisierung der Jugend durch die Anhäufung von Praktika und befristeten Arbeitsverträgen, wie sie in einigen europäischen Ländern schon praktiziert werden, ist für uns inakzeptabel. Die JSL haben kein Verständnis für die rezenten Aussagen von Finanzminister Frieden, dass der Mindestlohn in zwanzig Jahren in Luxemburg kein Bestand mehr haben könnte. Die Aussagen von Staatsminister Juncker die Betriebe aus ihrer Pflicht

zu entlassen einen gerechten Lohn zu zahlen, indem der Staat den Mindestlohn für nicht qualifizierte Jugendliche zum Teil subventionieren sollte, sehen wir genauso skeptisch.

Dafür gilt es jedoch heute eine Politik zu unterstützen die realistisch den objektiven Zwängen einer globalisierten Wirtschaft Rechnung trägt, ohne sich der neoliberalen Schwarzmalerei zu unterwerfen. Luxemburg ist jedoch keine Insel und wir dürfen die wirtschaftliche Entwicklung in den umliegenden Ländern nicht ignorieren. Die JSL widersetzen sich einer Politik, welche die Chancen der zukünftigen Generationen einseitig belastet. Deshalb gilt es die Staatsverschuldung abzubauen, um die Handlungsfähigkeit der zukünftigen Generationen nicht einzuschränken. Es gilt heute sowohl alle Staatsausgaben einem *Screening* zu unterziehen, um sie auf ihre Effizienz und Sozialverträglichkeit zu prüfen, wie auch die Einnahmen des Staates zu steigern. Um die langfristige Absicherung des Sozialsystems zu garantieren, müssen heute Anpassungen, wie etwa im Pensionswesen durchgeführt werden.

Die Jungsozialisten fordern weiter:

- Wachstum in der Realwirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen.
- die Weiterführung der administrativen Vereinfachung, um gezielt Unternehmen zu unterstützen, die in Luxemburg produzieren wollen.
- die Diversifizierung der Wirtschaft, wie etwa den Ausbau der neuen grünen Technologien, um die Abhängigkeit vom Finanzsektor zu mindern.
- langfristige Investitionen in die Infrastrukturen und in die modernen Kommunikationstechnologien.
- den Ausbau der Klein- und Mittelbetriebe und Innovation durch die Förderung von Forschung in den Betrieben.
- eine stärkere Interessenvertretung der Arbeitnehmer durch eine Reform des Mitbestimmungsgesetzes (Cogestion) in den Betrieben.
- eine tiefgreifende soziale Steuerreform, um die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten zu garantieren. Dividenden und Kapitalerträge die nicht in die Betriebe reinvestiert werden, müssen stärker besteuert werden.
- die Vereinbarung von effizienten Wirtschafts- und Sozialpolitiken, die einen gerechten, starken und modernen Sozialstaat festigen und ausbauen.